



# Hauptstadt-Bulletin

## Einigung bei der Grundrente

Der Koalitionsausschuss zwischen den Spitzen der SPD, CSU und CDU hat sich auf einen Kompromiss zur Grundrente geeinigt, der in der Fraktionssitzung am Dienstag von den Abgeordneten der Unionsfraktion nach einer längeren Diskussion verabschiedet wurde. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Grundrente wird nun mit einer umfassenden Einkommensprüfung verknüpft, damit nicht per „Gießkanne“ auch Nicht-Bedürftige diese Hilfen erhalten und zum 1.1. 2021 eingeführt. Armin Schuster über die Einigung: „Der Kompromiss ist klar besser, aber leider immer noch deutlich vom Koalitionsvertrag entfernt. Sorge macht mir auch der erhebliche Einstieg in eine steuer- und nicht beitragsfinanzierte Rente. Für eine Ablehnung ist es jetzt allerdings zu spät, die hätten wir schon vor Monaten gegenüber Heil geben müssen und zwar ähnlich schroff wie die SPD unseren Plänen für eine Unternehmenssteuerreform eine Absage erteilt hat. Wir haben uns stattdessen auf Verhandlungen eingelassen, dann muss man auch mit Kompromissen leben können.“



Armin Schuster MdB  
Im Deutschen Bundestag  
Für den Wahlkreis  
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro  
Tel.: 030 227 – 71005  
Fax: 030 227 – 76606  
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro  
Tel.: 07621 – 4258033  
Fax: 07621 – 4258035  
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

*in der 70-jährigen Geschichte des Deutschen Bundestages ist es bislang noch nie vorgekommen, dass ein Abgeordneter als Vorsitzender eines Ausschusses abgewählt wurde. Das ist nun in dieser Woche dem AfD-Politiker Stephan Brandner, seines Zeichens Vorsitzender des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, passiert. Und es hat sich schon lange abgezeichnet, da die AfD-Bundestagsfraktion mit der Personalie Brandner einen äußerst ungeeigneten Vertreter in diese Position gehoben hat. Warum ungeeignet? Mehrfach hat Brandner umstrittene Äußerungen und Tweets getätigt, nicht zuletzt gegen den Sänger Udo Lindenberg, dem Anfang Oktober das Bundesverdienstkreuz verliehen wurde. Nach dem Anschlag auf die Synagoge in Halle hatte er sogar antisemitische Inhalte geteilt. Seine ständigen Grenzüberschreitungen führten im Plenarsaal zu etlichen Ordnungsrufen durch Bundestagspräsident Schäuble. Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass die AfD mit Personen Politik macht, die nicht in der Lage sind, ein Amt des hohen Hauses mit Würde zu vertreten. Brandner stand immerhin dem Ausschuss vor, in dem parlamentarisch unser Grundgesetz gehütet wird. Dieser Ausschuss verkörpert in besonderer Weise das Rechtsstaatsprinzip der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Die AfD hat wieder einmal sichtlich Mühe, der Bedeutung dieser Ämter entsprechendes Personal aufbieten zu können.*

*Die AfD ist nicht das Opfer der anderen Parteien - sie ist das Opfer ihrer eigenen Primitivität!*

Ihr

A handwritten signature in blue ink that reads "Armin Schuster".

---

## Bundestag beschließt Steuersenkung

Der Bundestag schafft für die Mehrzahl der Steuerzahler den Solidaritätszuschlag ab. Mit dieser Entscheidung haben die Abgeordneten ein zentrales Anliegen der CDU/CSU Bundestagsfraktion aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Der Solidaritätszuschlag wurde 1995 unbefristet eingeführt, um die Deutsche Einheit mitzufinanzieren. 1998 wurde er erstmals von 7,5 Prozent auf 5,5 Prozent reduziert. Im Koalitionsvertrag hatten CDU, CSU und SPD vereinbart, dass der Soli ab 2021 für 90 Prozent aller Steuerzahler abgeschafft werden soll. Vor allem Steuerzahler mit geringem und mittlerem Einkommen werden entlastet. So muss eine Familie mit zwei Kindern bis zu einem Jahresbruttoeinkommen von rund 151.000 Euro ab 2021 gar keinen Solidaritätszuschlag mehr zahlen. Liegt das Jahresbruttoeinkommen zwischen ca. 151.000 Euro und 221.000 Euro, fällt der Soli durch eine sogenannte Milderungszone teilweise weg. Insgesamt sind über 300 Milliarden Euro von den Bürgerinnen und Bürgern für die Deutsche Einheit investiert worden.

---

## Impfpflicht gegen Masern

Ab März 2020 müssen sowohl die Kinder als auch die Mitarbeiter in Kitas, Schulen und anderen Gemeinschaftseinrichtungen gegen Masern geimpft sein. Das sieht das Masernschutzgesetz vor, das der Bundestag beschlossen hat. Die geplante Impfpflicht soll für Kinder ab dem Alter von einem Jahr in Kindertagesstätten, Schulen und anderen Gemeinschaftseinrichtungen gelten. Auch das dort tätige Personal sowie die Mitarbeiter medizinischer Einrichtungen müssen eine Impfung nachweisen. Für Flüchtlingsunterkünfte gelten die gleichen Regeln. Nicht geimpfte Kinder können vom Kita-Besuch ausgeschlossen werden, in anderen Fällen drohen Bußgelder. Für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht geimpft werden können, gelten selbstverständlich Ausnahmen.

Die vorgesehene Impfpflicht ist ein Schritt zum Schutz der öffentlichen Gesundheit und damit ein wichtiges Gemeinschaftsgut. Es ist geeignet, erforderlich und angemessen. Nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigungen werden knapp 74 Prozent der Kinder bis zum Ende des zweiten Lebensjahres rechtzeitig geimpft. Das heißt im Umkehrschluss: Mehr als ein Viertel ist es nicht. Deswegen gab es einen Handlungsbedarf. Es wird mit dem Gesetz aber auch definitiv keine Zwangsimpfung von Kindern oder sonstigen Personen geben.



Von links nach rechts: Armin Schuster, Gerald Knaus, Diana Stöcker

### Migrationsexperte Gerald Knaus in Rheinfelden

Ein beeindruckender Fachvortrag von Gerald Knaus, einem der profiliertesten Migrationsexperten in Europa, war der Höhepunkt der Veranstaltung, zu der Armin Schuster und die Bürgermeisterin von Rheinfelden, Diana Stöcker, eingeladen haben. Knaus hat aus der europäischen Perspektive deutlich gemacht: Die Mehrheit der Menschen möchte Empathie und Kontrolle miteinander verbinden. Allerdings sind jetzt mehr denn je europäische Lösungen gefordert.



**Thomas Walz, Gitta Connemann und Armin Schuster** sprachen über die Bedeutung des Weinbaus für die südbadische Region und kritisierten das Aktionsprogramm Insektenschutz.

---

## TERMINHINWEISE

### 15. November 2019

*Kreisparteitag CDU Breisgau Hochschwarzwald mit CDU-Spitzenkandidatin Dr. Susanne Eisenmann*  
18.30 Uhr | Kaiserstuhlhalle, Ihringen

### 22. November 2019

*CDU-Bundesparteitag*  
10.30 Uhr | Leipziger Messe, Leipzig